

Umkehr des grünen Klima-Wegs? Merz droht, die großen Erwartungen zu enttäuschen

Welt, 05.11.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254349212/Umkehr-des-gruenen-Klima-Wegs-Merz-droht-die-grossen-Erwartungen-zu-enttaeuschen.html>

Grüne Energie und Klimapolitik gelten derzeit vielen als Kernproblem der deutschen Standortkrise. Die Erwartungen an die Union, eine radikale Kehrtwende zu liefern, sind groß. Doch kann und will die CDU das überhaupt? Ein internes Papier lässt daran zweifeln.

„Uns're Zeit kommt, Shit, ich dreh' am Rad!“ Laut dröhnte der Hip-Hop-Song von \$oho Bani und Herbert Grönemeyer aus den Lautsprechern, als sich der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz vor zwei Wochen seinen Weg durch die jubelnde Parteijugend zum Rednerpult bahnte.

Die Junge Union hatte auf ihrem „Deutschlandtag“ schon mit der Musikauswahl klargemacht, was sie von ihrem Kanzlerkandidaten erwartet: „Digga, uns're Zeit kommt, gib mir Kicks, gib Tempo – Zeit, dass sich was dreht.“

Dass sich was drehen muss in Deutschland, dieses Gefühl haben viele. Es steht hinter dem Umfragehoch der Union und dem der neuen Parteien, es ist der Grund für womöglich vorgezogene Neuwahlen. Es hat seinen Ursprung in der Angst vor Abstieg, Arbeitslosigkeit, Wohlstandsverlust.

Und oft steht dabei die Klimapolitik im Zentrum, so auch als führende Vertreter von Industrie und Wirtschaft den Spitzen der Ampelkoalition in der vergangenen Woche in mehreren Gipfelgesprächen klarmachen durften, was genau sich aus ihrer Sicht drehen muss. Die wichtigsten Themen waren: die Kosten der Energie und die Lasten der Klima-Bürokratie mit all ihren Nachweispflichten, Öko-Quoten, CO₂-Abgaben und EU-Auflagen.

Gern wüsste man nicht nur in den Vorstandsetagen der Konzerne, was die CDU hier anders machen würde. Die Erwartungen sind dabei groß. In vielen Bürgerdialogen, Leserforen, sozialen Medien ist die Tonlage fast aggressiv. Heizungsgesetz, Verbrennerverbot, Atomausstieg: Mit dem grünen Spuk müsse endlich Schluss gemacht, die Zumutungen überzogener Klimapolitik müssten konsequent abgeräumt werden.

Gefordert wird oft eine Kehrtwende. Doch es zeigt sich zunehmend, dass die Union gar nicht liefern kann – und will. Das belegt auch ein Papier der Fraktion, das WELT AM SONNTAG vorliegt.

Der Jungen Union blieb Merz eine Antwort schon mal schuldig. „Es kommt jetzt sehr darauf an, dass wir den Menschen sagen, was wir denn machen wollen, wenn wir in Regierungsverantwortung kommen“, rief der Kanzlerkandidat zwar der Parteijugend zu. Doch was herauskommt, wenn die Konservativen die grüne Energiepolitik auf rechts drehen, sagte er nicht.

Merz hält Energiewende für „irreversibel“

Alles kam in der Rede des Parteichefs vor: Bürgergeld, Arbeitsmarkt, innere Sicherheit, Migration, Ukraine. Das Kernthema der Wirtschaft sparte Merz weitgehend aus – und bestätigte damit den Verdacht einer Beobachterin aus der Versorgerbranche: „Energiepolitik steht auf der Prioritätenliste von Friedrich Merz irgendwo auf Platz zehn.“

Hardlinern, die auf eine Kehrtwende in der Energiewende gehofft hatten, erteilte Merz mit einem einzigen Wort eine Absage: „irreversibel“. Der CDU-Chef verpackte es in einen Satz des Bedauerns über die bislang auf Atom- und Kohleausstieg fokussierte Politik: „Wahrscheinlich sind die Entscheidungen der letzten Jahrzehnte, mehr auszusteigen als irgendwo einzusteigen, so irreversibel, dass wir den Energie- und Strombedarf im eigenen Lande nicht mehr decken können.“

Zeit, dass sich was dreht? Das Wort „irreversibel“ bedeutet nach seinem lateinischen Ursprung genau das Gegenteil: Es lässt sich nichts mehr drehen. Merz schien sich abgefunden zu haben und auf Stromimporte zu setzen. Man müsse jetzt Energiepartnerschaften mit den Nachbarländern ausbauen, erklärte er.

Atomkraft? Nicht im eigenen Land. Mit Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron habe er jüngst Optionen besprochen, „bis hin zur Beteiligung deutscher Unternehmen an den französischen Unternehmen, die bereit sind, kleinste modulare Atomkraftwerke zu bauen“.

Viel ist das nicht, und es klingt erratisch. Neuartige Mini-Atomkraftwerke (SMR) aus kostengünstiger Serienfertigung sind zwar der letzte Schrei in der Energieszene. Doch ausgerechnet der französische Energieriese EDF kämpft bei der Entwicklung seines Kleinst-AKW „Nuward“ mit hohen Kosten und technischen Problemen.

Gerade erst warf er sein Design-Konzept komplett über den Haufen. Wie eine CDU-Regierung deutsche Energiekonzerne ermuntern will, sich an französischen SMR-Entwicklern zu beteiligen, bleibt offen.

Energiepolitische Kehrtwenden sind auch sonst nicht zu erwarten – paradoxerweise aus Rücksichtnahme auf die Industrie. Denn so laut die Klagen aus der Wirtschaft auch sind: Radikale Richtungswechsel werden von ihr nicht als Befreiungsschlag empfunden, sondern als Gefahr für Planungs- und Investitionssicherheit gefürchtet. Das musste CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann erfahren, als er kürzlich erklärte, seine Partei werde das Heizungsgesetz von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zurücknehmen, wenn sie an die Regierung komme.

Sofort gab es Gegenwind aus der Kommunalwirtschaft. Habecks Gebäudeenergiegesetz habe zwar in den Stadtwerken nicht gerade die Sektkorken knallen lassen, erklärte Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Doch brauche man für die Milliardeninvestitionen in die Wärme-Infrastruktur nun mal verlässliche Spielregeln. „Ein politisches Hü und Hott bei den Rahmenbedingungen wäre dafür Gift“, so Liebing, der selbst ein CDU-Mann ist: „Ein Zurück auf null würde bei den Stadtwerken keine Freude auslösen.“

Was soll man also drehen – und wie weit? Die Union will ihre programmatische Lücke in der Energiepolitik am Dienstag auf einer Fraktionskonferenz im Bundestag schließen. Zur Abstimmung steht eine „Neue Energie-Agenda für Deutschland“, die vor allem auf Vorarbeiten von Fraktionsvize Jens Spahn und des energie- und klimapolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Andreas Jung, beruht.

Energiewende nicht bremsen, sondern effizienter machen

Ein 13-seitiger Entwurf des Papiers liegt WELT AM SONNTAG vor. Dass mit der Ampelkoalition auch die Energiewende endet, ist demnach nicht zu erwarten. „Wir stehen zu den Klimazielen, das ist etwas Konservatives“, sagte Jung auf Nachfrage: „Aber anders als bei den Grünen gehören bei uns die Fragen von sozialer Tragfähigkeit und wirtschaftlicher Bezahlbarkeit mit zum Begriff der Nachhaltigkeit.“

Der Beschlussvorlage nach will die Union die Energiewende nicht bremsen, sondern effizienter, technologieoffener, marktwirtschaftlicher und damit kostengünstiger machen – Kurskorrektur statt Kehrtwende. Denn die Energieversorgung ist ein Supertanker, der sich nur langsam bewegen lässt.

Wegen jahrzehntelanger Investitionszyklen im Großanlagengeschäft lassen sich hier kaum schnelle politische Erfolge einfahren. Unhaltbare Versprechen würden der Partei rasch auf die Füße fallen. Dennoch kann marktwirtschaftliche Neujustierung viel Kostendruck aus der grünen Transformation nehmen. „Allein beim Netzausbau lassen sich durch vernünftige Prioritätensetzung zig Milliarden Euro sparen“, glaubt Spahn.

Laut Agenda-Entwurf will die Union im Klimaschutz weniger auf staatliche Technikvorgaben, Verbote oder Subventionen setzen. Vielmehr will sie die Preissignale des Emissionshandels wirken lassen. Das entspricht der Empfehlung der meisten Umweltökonomien.

„Die CO₂-Bepreisung und der Zertifikatehandel (ETS) ist das ökonomisch und ökologisch effizienteste Instrument“, heißt es im Entwurf: „Wo der ETS greift, sind komplexe und bürokratische Definitionen von ‚grünen‘ Eigenschaften hinfällig.“ Anders als in der grünen Energiepolitik bisher der Fall, will die Union die staatlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung „an Bürger und Unternehmen zurückgeben“.

Bislang landen die CO₂-Abgaben der Verbraucher im „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF), aus dem die Bundesregierung allerlei Beihilfe-Programme für ausgewählte Empfängergruppen finanziert, etwa für E-Autofahrer, Immobilienbesitzer, aber auch für die Investoren von Chipfabriken.

Führende Umwelt-Ökonomen wie Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm oder die Klimawissenschaftlerin Brigitte Knopf fordern seit Jahren ohne Erfolg, dass die Politik die CO₂-Einnahmen als „Klimageld“ an alle Bürger zurückfließen lässt.

Dem will die Union nachkommen. „Ein Staat, der Bürger und Unternehmen fordert, muss den Menschen an der anderen Stelle etwas zurückgeben“, heißt es im Agenda-Entwurf: „Das ist nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit, sondern auch von sozialer Gerechtigkeit.“

Auch ein „Klimageld“ sei möglich

„Wir wollen eine spürbare Entlastung von Bürgern und Unternehmen von den Energiepreisen bereits in den ersten 100 Tagen erreichen“, kündigte Spahn im Gespräch mit WELT AM SONNTAG an. „Das wird über die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und die Halbierung der Netzentgelte geschehen.“

Auch ein „Klimageld“ sei möglich. „Entscheidend ist, dass die Mittel des Klima- und Transformationsfonds nicht länger für Strohfeuerprogramme verschwendet, sondern für strukturelle Entlastungen eingesetzt werden.“ Mit „Habecks Subventionspolitik“ müsse Schluss sein. „Grundsätzlich sind die Rahmenbedingungen für alle zu verbessern, anstatt nur einzelne zu unterstützen.“

Die Wärmewende will die Union technologieoffener machen, Wasserstoff- und Holzverbrennung nicht künstlich erschweren und die umstrittene 65-Prozent-Quote für Ökowärme streichen: „Die Engstirnigkeit und Regelungswut der Regierungskoalition, die vor allem am Beispiel der Ampelnovelle des Heizungsgesetzes sichtbar wurde, werden wir hinter uns lassen.“ Einen Rückbau der Gasnetze, wie ihn Habecks früherer Energiestaatssekretär gefordert hatte, werde es mit der Union nicht geben.

Auch das Thema Atomkraft sparen die Autoren nicht aus: Im Entwurf ist die Rede davon, den Zustand der sechs zuletzt betriebenen Kernkraftwerke zu überprüfen und eine „Kosten-Nutzen-Analyse eines möglichen Weiterbetriebs“ anzustellen. Ob es der heikle Passus bis in die Endfassung der Unions-Agenda schafft, bleibt abzuwarten.